



Forum III: „Wahlfreiheit für Familien“. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus MdL, Julia Klöckner MdB und die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger MdL.

Forum III „Wahlfreiheit für Familien“

Die Grundsätze der CDU-Familienpolitik standen im Mittelpunkt der Diskussion zwischen der hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger und dem Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Dieter Althaus. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz Julia Klöckner moderierte unter Einbeziehung der Forumsteilnehmer das Gespräch.

Für Silke Lautenschläger ist die hohe Wertschätzung von Familie heute Auftrag, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familie erleb- und erfahrbar wird. Dazu gehöre es, Sicherheiten für Mütter und Väter im Beruf zu schaffen, die ihnen eine Verbindung von Familie und Beruf ermöglichen. Zur Entzerrung des engen Zeitfensters für die Familienplanung müssten auch die Hochschulen beitragen, indem sie Teilzeit-Studienplätze und familiengerechte Unterrichtszeiten anbieten. Nur eine Vielfalt von Angeboten in der Kinderbetreuung und Flexibilität am Arbeitsplatz ermögliche den Eltern Wahlfreiheit. Voraussetzung sei der Ausbau der Kinderbetreuung und das Verständnis der

Unternehmen für Familienaufgaben. Für Silke Lautenschläger sind auch die in der Familie erworbenen Sozialkompetenzen existenziell für die Arbeitswelt.

Dieter Althaus strich die Bedeutung der Familie für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft heraus. Bei gleichbleibender Akzeptanz von Ehe und Familie habe sich das Bedingungsgefüge für Familien geändert, und die Gleichberechtigung von Mann und Frau erfordere neue Antworten. Ausbau der Kinderbetreuung und Wahlfreiheit sei kein Gegensatz, nur müsse das Kind im Mittelpunkt der Entscheidung stehen; eine dirigistische Politik schade der Familie. Für individuelle Familienentscheidungen müsse der Staat offen sein und deshalb auch Eltern in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes unterstützen, z.B. durch ein Betreuungsgeld wie in skandinavischen Ländern, der Ausbau der Kinderbetreuung sei aber zunächst vorrangig. Er sieht in der Familienarbeit eine für die Gesellschaft produktive Arbeit, die auch die Verantwortung für die alten Eltern einschließt.

Im Zentrum der Diskussion um die Wahlfreiheit für Familien mit den Forumsteilnehmern standen die Qualität der Betreuungseinrichtungen, die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten, die Bedeutung von Tagesmüttern, die Beteiligung von Männern in Erziehungsaufgaben der Kitas und Grundschulen, der Bildungsaspekt in der frühkindlichen Erziehung als Voraussetzung für bessere Perspektiven, die Einbeziehung von Unternehmen, die Anerkennung der Väter in der Erziehung, die Rechte der Väter bei Trennung, der Schutz der Kinder vor Vernachlässigung, eine familiengerechte Besteuerung und die Schaffung von Wohnraum für Familien.

Vertreter des Deutsche Familienverbandes und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken befürworteten insgesamt die familienpolitischen Grundsätze der CDU.